

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of a dark blue square containing the lowercase letters 'vbw' in white. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Gewerbekunden-Festveranstaltung

Freitag, 07.04.2017 ab 19:00 Uhr

Auto Köhler GmbH & Co. KG

Max-Spenger-Straße 11, 84048 Mainburg

Die bayerische Wirtschaft im Zeichen der
Geopolitik

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Klaus, lieber Michael Köhler,

vielen Dank für die Einladung in Euer tolles
Vertriebs- und Servicezentrum.

Ihr habt das Geschäft vom Vater übernommen
und es mit viel Fleiß, Weitsicht und mutigen
Investitionen zu dem gemacht, was es heute ist:

Zu einem der größten und attraktivsten
Autohäuser in Bayern.

Euer Service erreicht immer wieder Spitzenwerte
im VW-Konzern.

Die Verkaufszahlen entwickeln sich weiter positiv.

Als Mainburger, der die Wolf GmbH mit aufgebaut
hat und deren Aufsichtsratsvorsitzender ich heute
bin, habe ich die gute Entwicklung Eures
Autohauses hautnah miterlebt und mitverfolgt.

Ich freue mich sehr über Euren Erfolg!

Die Stadt Mainburg kann stolz auf Euch sein!

Vorstellung vbw sowie bayme vbm

Meine Damen und Herren,

kurz zur Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
– kurz vbw –, deren Präsident ich bin:

- Unter dem Dach der vbw sind aktuell 134 Verbände und 40 Unternehmen vertreten.

Zusammen zählen unserer vbw
Mitgliedsverbände über 4,7 Millionen
Beschäftigte.

- Darüber hinaus bin ich auch Präsident der bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände bayme vbm. Sie haben über 2.700 Mitgliedsunternehmen – vom Automobilbereich über Maschinenbau und Metallbearbeitung bis hin zur Hochleistungselektronik.

Sie stehen zusammen für knapp 700.000
Beschäftigte.

Das alles macht uns zu der Stimme der bayerischen Wirtschaft.

Wir unterstützen unsere Mitglieder durch viele Aktivitäten:

- Für unsere tarifgebundenen Metall- und Elektrounternehmen verhandeln wir die bayerischen M+E-Flächentarifverträge.
- Wir beraten in Sachen Arbeitsrecht und bieten den Unternehmen darüber hinaus viele weitere Services an – so unterstützen wir sie etwa bei der Umsetzung der digitalen Transformation.
- Und: Wir bündeln die Interessen unserer Mitglieder und vertreten sie gegenüber der Politik.
- In der Wirtschaftspolitik arbeiten wir eng und vertrauensvoll mit der Bayerischen Staatsregierung zusammen.
- Dieser enge Schulterschluss ist gut für die Menschen und die Wirtschaft im Freistaat!

- Die bayerischen Unternehmen vertrate ich auch in Berlin – und zwar als Vizepräsident der Bundesverbände BDA und Gesamtmetall sowie als Mitglied des Präsidiums des BDI.

Konjunkturelle Situation

Meine Damen und Herren,

zunächst zur konjunkturellen Situation der bayerischen und deutschen Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist gut, in Bayern ist sie noch besser.

Die Konjunktur war 2016 robust und hat den vielen außenwirtschaftlichen Unsicherheiten und Problemen getrotzt.

Das Bruttoinlandsprodukt in Bayern ist im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent gewachsen und damit stärker als bundesweit (Bund: 1,9 Prozent).

Dieses Wachstum wurde ganz entscheidend von den staatlichen und privaten Konsumausgaben getragen.

Zusätzliche Impulse kamen von den Bauinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen.

Für 2017 erwarten wir ein schwächeres Wachstum. Die Wirtschaft in Bayern wird 2017 nach unserer Einschätzung um 1,7 Prozent wachsen.

Für Deutschland erwarten wir 1,4 Prozent.

Verantwortlich für das langsamere Wachstum sind zum einen die drei zusätzlichen Feiertage – jeder Tag „kostet“ rund 0,1 Prozent Wachstum – zum anderen aber auch wachsende globale Risiken.

Der private Konsum wird auch im Jahr 2017 die Hauptstütze der Konjunktur sein.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat zu einer Fortsetzung der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt geführt.

Im Jahresdurchschnitt 2016 lag die Arbeitslosenquote in Bayern bei 3,5 Prozent, bundesweit waren es 6,1 Prozent.

Herausforderungen für den Standort

Meine Damen und Herren,

die gute wirtschaftliche Situation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor großen globalen Herausforderungen stehen.

Die Welt ist aus den Fugen geraten und verändert sich in rasantem Tempo.

Globale Krisen

Erstens sind da die globalen Krisen und Bedrohungen:

- Syrien, Afghanistan, Irak, Nord- und Westafrika,
- der islamistische Terror,
- die Situation in der Türkei,
- die Flüchtlingskrise sowie
- der Ukraine-Konflikt und damit einhergehend das leider nach wie vor schlechte Verhältnis zwischen der EU und Russland

Protektionismus

Da ist **zweitens** der weltweite Trend zum Protektionismus.

Vieles wird davon abhängen, ob und, wenn ja, in welchem Ausmaß US-Präsident Donald Trump seine Ankündigungen wahr macht, Strafzölle zu erheben.

Gegenwärtig stehen alle Handelsabkommen mit den USA auf dem Prüfstand.

Der Freihandel hat weltweit Wachstum und Wohlstand gebracht.

Ein Handelskrieg würde nicht nur Bayern und seine exportstarke Industrie treffen, sondern weltweit für große Wohlstandsverluste sorgen.

Wir brauchen stattdessen gute Beziehungen und offene Märkte.

Und zwar nicht nur zu den USA, sondern auch zu Russland.

Ich habe vor drei Wochen unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer auf seiner Reise nach Russland begleitet.

Die wirtschaftlichen Potenziale in Russland sind groß – ebenso wie der Einflussbereich!

Wir brauchen Russland auch zur Lösung internationaler Krisen.

Deshalb ist Dialog immer besser, als nicht miteinander zu reden.

Wir werden darauf hinwirken, dass die EU-Sanktionen gegenüber Russland, die nichts gebracht haben, beendet werden.

Situation der EU

Drittens muss die EU endlich die Kurve kriegen und sich in Richtung einer „besseren Union“ entwickeln.

Die EU hat vor kurzem 60-Jährigen Geburtstag gefeiert.

Doch das Bild ist geprägt von Schuldenkrise, Brexit und immer stärker werdenden Anti-Europa-Parteien. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass Europa weiter auseinanderdriftet.

Die Wahl in den Niederlanden lässt zwar hoffen.

Ob die Wahl in Frankreich Ende April auch gut ausgeht, ist aber noch nicht sicher.

Wir begrüßen daher, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang März ein „Weißbuch zur Zukunft der EU“ vorgelegt hat.

Es ist eine gute Grundlage, um endlich eine offene und ehrliche Debatte über die Zukunft der EU zu führen.

Die Vorteile der Europäischen Einigung für die Wirtschaft und die Menschen sind enorm, das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten:

- Wir alle profitieren vom EU-Binnenmarkt, also

- vom freien Waren- und Dienstleistungsverkehr,
 - vom freien Kapitalverkehr und
 - vom freien Personenverkehr.
 - Zusätzliche wirtschaftliche Vorteile bringt dabei die Etablierung eines
 - einheitlichen Energiebinnenmarktes sowie eines
 - digitalen Binnenmarktes.
-
- Auch die einheitliche Währung nutzt sowohl den Unternehmen als auch den Menschen.
 - Für mich besonders wichtig: Als EU sind wir mit den USA und China auf Augenhöhe, als Einzelstaaten nicht.
 - Und was besonders wichtig ist: Die EU hat uns historisch gesehen die längste Friedensphase in Europa gebracht.

Deshalb brauchen wir das deutliche Bekenntnis zu Europa.

In bestimmten Feldern – etwa bei der Weiterentwicklung des Binnenmarkts, bei der

Energiepolitik, bei der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der Flüchtlingsintegration – ist mehr Zusammenarbeit und mehr Europa gefragt.

Gleichzeitig muss die EU aber auch besser werden.

Das heißt vor allem, dass sie weniger Bürokratie und weniger unnötige Regulierung hervorbringen darf.

Herausforderung: Digitalisierung und Globalisierung

Neben diesen globalen Entwicklungen stehen die Unternehmen auch angesichts von Digitalisierung und Globalisierung vor großen Herausforderungen.

Die Digitalisierung verändert alles:

Nicht nur die interne Prozesse in den Unternehmen und die Art und Weise, wie Produkte vermarktet werden, stehen auf dem Prüfstand.

Die Digitalisierung verändert auch ganze Geschäftsmodelle.

Niemand weiß, ob das, was heute gut funktioniert, auch morgen noch am Markt Bestand haben wird.

In erster Linie gilt: Jedes Unternehmen muss seine eigene Digitalisierungsstrategie finden und umsetzen.

Wie gesagt: Wir als Verbände unterstützen unsere Unternehmen bei ihrem Weg in die Digitalisierung.

Die Menschen haben ein Bedürfnis nach Orientierung

Die vielen Herausforderungen und Veränderungen führen zu Verunsicherung in der Bevölkerung.

Hinzu kommt noch die Flüchtlingskrise, die den Menschen zusätzlich Sorge bereitet.

Das alles gibt vielerorts den Populisten Auftrieb, die lediglich Ängste schüren, aber keine Lösungen anzubieten haben.

Die Menschen haben ein großes Bedürfnis nach Orientierung.

Politik der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat auf vielen Gebieten zu lange zu wenig Orientierung gegeben.

Erst allmählich scheint die Einsicht zu wachsen, dass wir unsere Grundwerte wie Freiheit und Demokratie sowie unsere innere Sicherheit entschlossener gegen wachsende Gefahren verteidigen müssen.

An dem Bewusstsein dafür, dass wir eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft benötigen, um Wohlstand und Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten, mangelt es dagegen nach wie vor.

Die Bundesregierung hat in dieser Legislatur konsequent eine Politik verfolgt, die sich gegen die Wirtschaft richtet.

Sie hat vor allem die Bürokratie vorangetrieben und die nächsten Generationen belastet.

Die Stichworte lauten: Mindestlohn, Frauenquote, die Regulierung der Zeitarbeit, Leistungsausweitungen im Gesundheits- und Pflegesystem, teure rentenpolitische Wohltaten sowie ganz aktuell das Entgeltgleichheitsgesetz.

Bundestagswahlkampf: Gerechtigkeitsdebatte – uns geht es gut

Diese Politik weist nicht in die Zukunft.

Und auch der Bundestagswahlkampf droht zu einem Wettlauf der Umverteilungsideen zu werden.

Martin Schulz und die SPD ziehen mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ in den Wahlkampf und sind sogar bereit, die Agenda 2010 aus wahltaktischen Erwägungen zu opfern.

Das wäre ein grundlegender Fehler!

Die Agenda 2010 ist maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass sich Deutschland vom „kranken Mann Europas“ zur Lokomotive entwickelt hat.

Wir haben heute 2,2 Millionen Arbeitslose weniger und fünf Millionen mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als bei Einführung der Agenda 2010!

Eine bessere Sozialpolitik gibt es nicht!

Die Agenda 2010 wurzelt in einem vom Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe geprägten Verständnis des Begriffs „sozial“.

Meine Damen und Herren,

Wer populär klingende Änderungen an den Agenda-Reformen fordert und umsetzt, der riskiert mehr soziale Abstiege, als ein paar Prozentpunkte in Wahlumfragen rechtfertigen können.

Gerechtigkeitsdebatte: Uns geht es gut!

Außerdem: Die Gerechtigkeitslücke, die beklagt wird, sehe ich nicht.

Den Menschen in Deutschland geht es so gut wie noch nie in der Geschichte.

Die Menschen profitieren nicht nur vom guten Arbeitsmarkt und dem wirtschaftlichen Erfolg des Landes.

Zudem sind immer weniger Menschen von Armut betroffen.

Laut Eurostat ist die Quote derer, die materiell eingeschränkt sind in den letzten Jahren gesunken – und zwar von 5,4 Prozent im Jahr 2013 auf 4,4 Prozent im Jahr 2015.

Auch die Mittelschicht in Deutschland ist in den letzten Jahren stabil geblieben.

Und entgegen diesen Fakten erleben wir jetzt einen Bundestagswahlkampf, in dem den Menschen unermüdlich eingeredet wird, wie „sozial gespalten“ das Land angeblich ist!

Einziges Ziel dieser Faktenverdrehung ist es, den Boden für eine weitere Umverteilungspolitik zu Lasten der Wirtschaft zu bereiten.

Tatsächlich gilt: Nur durch eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt, können wir unser hohes Niveau an sozialer Sicherheit auch langfristig erhalten.

Die Grundlage unseres Erfolges ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft.

Was wir brauchen

Statt einer Rückabwicklung der Agenda 2010 brauchen wir eine Weiterentwicklung hin zu unserer Agenda 2020, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wieder in den Mittelpunkt stellt.

Wir haben in unserer Agenda 2020 beschrieben, worauf es ankommt:

- Infrastruktur,
- Arbeit und Soziales,
- Steuern,
- Bildung,
- Forschung und Entwicklung,
- Innovationen und
- Flüchtlingsintegration.

Konkret geht es darum, die Kosten im Griff zu behalten.

Die Kostenbelastung ist unser größtes Standortproblem.

Unsere industriellen Arbeitskosten liegen schon heute mit 40 Euro pro Stunde weltweit an der Spitze.

Zum Vergleich:

- In Italien betragen die industriellen Arbeitskosten knapp 28 Euro,
- in Spanien 22,70 Euro,
- in Polen 7,70 Euro und
- in Bulgarien: 3,40 Euro.

Das bedeutet: Die Löhne dürfen nicht mehr schneller steigen als die Produktivität.

Es geht aber auch darum, dass die Lohnzusatzkosten nicht aus dem Ruder laufen.

Sie müssen dauerhaft unter der 40-Prozent-Marke bleiben.

Aufgrund des Kostennachteils sind die Unternehmen gefordert, ihre Kunden tagtäglich zu überzeugen mit

- Qualität,
- Innovation,
- Zuverlässigkeit,
- Systemkompetenz und
- Service.

Denn es gilt:

Wir müssen um das, was wir teurer sind, besser sein!

Wir brauchen zudem eine Vereinfachung des Steuersystems sowie den Abbau der kalten Progression und des Mittelstandsbauches.

Wenn das nicht jetzt passiert, wann dann?

Die Spielräume im Haushalt sind dafür vorhanden:

Seit 2005 ist das Steueraufkommen in Deutschland um über 50 Prozent gewachsen.

Bis 2021 geht die Steuerschätzung von einem weiteren Plus um knapp 25 Prozent aus.

Davon profitieren Bund, Länder und Kommunen!

Große Probleme bereiten auch die Energiekosten und die schlecht gestaltete Energiewende.

In Deutschland zahlen Unternehmer zum Beispiel rund 50 Prozent mehr für den Strom als in Frankreich, das Doppelte wie in den USA und 90 Prozent mehr als in Polen.

Es gilt, bei den Stromkosten die Preisentwicklung nach oben nicht nur zu stoppen, sondern auch eine Trendwende erreichen.

Hauptpreistreiber ist und bleibt die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, trotz mehrerer Novellen in den letzten Jahren.

2017 ist die EEG-Umlage erneut gestiegen, von 6,35 Cent auf 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Das

ist eine weitere Steigerung um mehr als acht Prozent.

So kann es nicht weitergehen.

Es gilt, bei den Stromkosten die Preisentwicklung nicht nur zu stoppen, sondern auch eine Trendwende zu erreichen.

Kurzfristig brauchen wir eine Strompreisbremse. Ein wirksamer Hebel wäre das weitgehende Streichen der Stromsteuer. Auch ein Streckungsfonds zur Deckelung der Förderkosten für den Ausbau der Erneuerbaren ist sinnvoll.

Mittelfristig brauchen wir aber eine echte Kostenwende: Die Erneuerbaren Energien müssen sich am Markt behaupten, und wir müssen uns vom heutigen EEG verabschieden.

Wir brauchen endlich ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept!

Beim Klimaschutz gilt: Die deutsche Wirtschaft hat hier bereits mehr als andere geleistet.

Und trotzdem verfolgt die Politik weiter nationale Alleingänge mit überzogenen Zielen – wie mit dem Klimaschutzplan 2050.

Damit graben wir den heimischen Industrien nur das Wasser ab.

Andere Staaten mit geringeren Anforderungen bieten sich gerne als Standort an. Für den Klimaschutz ist damit rein gar nichts gewonnen.

Allein können wir die Welt nicht retten. Wir brauchen ein international abgestimmtes Vorgehen statt nationales Vorpreschen.

Statt jetzt beispielsweise Autos mit Verbrennungsmotor zu verdammen, sollte man sich um die Energieeffizienz kümmern.

Riesige Einsparpotenziale gibt es vor allem bei den Wohngebäuden. Da wird mehr als ein Drittel der gesamten Energie verbraucht.

Um hier voranzukommen, brauchen wir endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung.

Ich fordere das bereits seit mehr als drei Jahren.

Angesichts von Digitalisierung und Globalisierung brauchen die Unternehmen zudem mehr Flexibilität.

Das gilt vor allem bei der Arbeitszeit.

Das Arbeitszeitgesetz ist nicht mehr zeitgemäß, seine Ursprünge liegen in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Die tägliche Höchstarbeitszeit im Gesetz muss abgeschafft werden.

Stattdessen müssen wir zu einer wochenbezogenen Betrachtung kommen, die in der entsprechenden Europäischen Richtlinie bereits vorgesehen ist.

Es geht nicht darum, länger zu arbeiten, sondern darum, die Arbeitszeit flexibler auf die Woche zu verteilen.

Ein weiterer wichtiger Punkt lautet: Wir müssen in die Zukunft investieren.

- Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung – die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe muss endlich kommen.
- Dringend notwendig ist zudem der schnelle Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Wir fordern, dass bis zum Jahr 2020 flächendeckend Kommunikationsverbindungen mit 100 Mbit / s oder mehr zur Verfügung stehen.

Auch die Defizite im Mobilfunknetz müssen behoben werden.

Wichtig ist zudem die schnelle Erprobung und Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G.

- Mehr Investitionen brauchen wir auch in die Verkehrsinfrastruktur.

Es gibt zahlreiche akute Engpässe. Und der Güter- und Personenverkehr wächst weiter, wie wir tagtäglich sehen.

Bis 2030 müssen insgesamt rund 300 Milliarden Euro in die Bundesverkehrsinfrastruktur investiert werden.

Die Aufstockung der Mittel in der laufenden Legislaturperiode unter Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ist ein wichtiger Schritt.

Wir sind hier auf einem guten Weg.

Von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern ist dabei auch die dritte Startbahn am Münchener Flughafen.

Zukunft Automobil

Meine Damen und Herren,

ebenfalls von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort ist auch das Automobil!

Auf diese Schlüsselbranche entfallen allein 33 Prozent der gesamten industriellen Wertschöpfung Bayerns.

Sie trägt maßgeblich zum Wohlstand Bayerns bei. Darauf können wir stolz sein!

Allerdings hat der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft darauf hingewiesen, dass wir dadurch in Bayern ein Klumpenrisiko haben.

Zumal die Automobilbranche vor großen Umbrüchen und Herausforderungen steht:

- Da sind die verstärkten Anforderungen des Klimaschutzes – und damit verbunden die

Umstellung der Antriebstechnik auf Elektromobilität.

- Da sind die großen Veränderungen durch das autonome Fahren.
- Da gibt es aktuell die Diskussionen rund um den Dieselmotor.
- Und da sind die Risiken aufgrund des drohenden Protektionismus, insbesondere in den USA, die die Automobilindustrie besonders treffen würden.

Fest steht: Wir Verbände werden uns besonders für die Automobilindustrie einsetzen.

Die Branche darf nicht gefährdet werden – etwa durch überzogene Klimaziele.

Gleichzeitig müssen wir intensiv neue Wachstumsbranchen entwickeln und weiter aktiv neue Auslandsmärkte erschließen.

Flüchtlingsintegration

Zum Schluss noch zur Flüchtlingsintegration.

Im Oktober 2015 hat die vbw zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und den bayerischen Kammern die

Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ unterzeichnet, um bis Ende 2016 20.000 und bis Ende 2019 60.000 Flüchtlinge in den bayerischen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Bis Ende 2016 wurden 30.500 Flüchtlinge in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht. Weitere 4.800 haben eine Ausbildung aufgenommen.

Rechnet man noch jene 25.500 dazu, die ein Praktikum absolvieren, sind es insgesamt sogar über 60.000 Arbeitsmarktintegrationen.

Das ist eine tolle Bilanz, vor allem gemessen daran, dass in den vergangenen beiden Jahren rund 180.000 Flüchtlingen nach Bayern gekommen sind.

Dieses bundesweit einzigartige Ergebnis zeigt: Die bayerische Wirtschaft steuert ihren Teil zur Integration bei!

Dabei gilt: Unsere Aufnahme- und Integrationsfähigkeit für Flüchtlinge ist beschränkt.

Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen.

Das heißt auch: Wirtschaftsflüchtlinge und Asylbewerber, deren Asylantrag rechtswirksam abgelehnt wurde, müssen konsequent wieder abgeschoben werden.

Gleichzeitig müssen wir die Fluchtursachen bekämpfen.

Andernfalls werden die Flüchtlingsströme insbesondere auch aus Afrika deutlich zunehmen.

Wir begrüßen deshalb die Initiative von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller für einen Marshallplan mit Afrika.

Meine Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft ist gut aufgestellt und erfolgreich. Ich bin überzeugt: Vor uns liegt eine gute Zukunft mit großen Chancen.

Wir müssen sie nutzen, statt sie mit untauglichen Rezepten aus der sozialpolitischen Mottenkiste wieder aufs Spiel zu setzen.

Es gibt weiterhin viel zu tun, um den Wirtschaftsstandort Bayern am Laufen zu halten und den Erfolg, den Wohlstand und die Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Lieber Klaus, lieber Michael Köhler,
ich wünsche Euch für die kommenden
Umwälzungen und Herausforderungen in der
Automobilbranche eine glückliche Hand, gute
Strategien und viel Erfolg für Euer tolles
Unternehmen!
Vielen Dank!